

„Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Handlungsfähigkeit erhalten – Zukunftschancen ermöglichen“.

So lautet der anspruchsvolle Titel des Arbeitsergebnisses der Haushaltsstrukturkommission in Kiel.

Eine Liste aus Streichungen, Kürzungen, Begrenzungen und Verkauf des Tafelsilbers. Diese Vorschläge können niemals dazu beitragen, die Zukunftschancen kommender Generationen zu verbessern. Im Gegenteil.

Zum Thema Personalabbau: 10 Prozent der Stellen und Planstellen sollen bis 2020 wegfallen. Da man von allen Seiten bisher nur von bereits durchgeführten Stellenkürzungen und von starker Arbeitsverdichtung gehört hat, verstehe ich nicht, wie dieser Teil des Programms zu verwirklichen sein soll

Die Lehrerinnen und Lehrer werden durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahlen weiter belastet. Die Lehrerstellen, die sich durch den Rückgang der Schülerzahlen ergeben, die so genannte „demographische Rendite“, sollen nicht im System verbleiben. Die Chancen, Klassen zu verkleinern und Betreuung zu verbessern, werden somit verspielt. Da ist es scheinheilig ständig zu betonen, welcher hohen Stellenwert Bildung für die Regierungsparteien hat.

„Die frühkindliche Bildung wird als politischer Schwerpunkt gestärkt.“ So steht es in den Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission. Umgesetzt wird dies durch die *Streichung* des gerade eingeführten beitragsfreien 3. KiTa-Jahres.

Eltern mit geringem Einkommen sollen sozial gestaffelte Beiträge zahlen. Die müssten dann die Kommunen aufbringen, die sowieso jetzt schon nicht mehr wissen, wie sie ihre pflichtigen Aufgaben finanzieren sollen.

Die Eltern sollen sich auch noch an den Kosten für die Schülerbeförderung ihrer Kinder beteiligen. Bestraft werden die Eltern, die in unserem Flächenland auf dem Land leben.

Obwohl niemand an der Qualität des Unterrichts an den dänischen Schulen in unserem Land gezweifelt hat - ganz im Gegenteil -, werden ihnen die Zuschüsse gekürzt. Und das ist beschämend, wenn man bedenkt, dass die Dänen die deutschen Schulen genau so finanzieren wie ihre eigenen.

Die Kürzungen für die Volkshochschulen und Familienbildungsstätten sind in den Empfehlungen gar nicht enthalten, sondern wurden den Trägern separat mitgeteilt. Im vergangenen Jahr haben über 400 000 Menschen an Kursen der VHS teilgenommen. 320 Menschen haben ihren Haupt- oder Realschulabschluss nachgeholt. Die VHS bieten Einbürgerungstests und Alphabetisierungskurse an. Gerade im ländlichen Raum sind sie oft die einzigen Träger von Kultur und Bildung.

Die Kürzungen betreffen besonders die Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien, denn in diesem Bereich kann kein Ausgleich durch erhöhte Teilnehmergebühren stattfinden. Das bedeutet die Streichung dieser Projekte und damit auch die Existenzgefährdung der Familienbildungsstätten.

Als nächstes auf der Liste steht der Rundumschlag gegen Schleswig-Holsteins Hochschullandschaft. Nach den Vorstellungen der Regierungsparteien geht es auch hier - wie bei den Schulen - zurück ins vergangene Jahrhundert: eine Universität in Kiel, eine PH in Flensburg und ein paar Fachhochschulen müssen reichen. Damit soll die „nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit“ (Zitat) erhalten bleiben.

Das zentrale Vorhaben für die Zukunftsperspektiven des UKSH ist die Privatisierung. Allen Beschäftigten des UKSH ist ganz klar, was das zur Folge hat. Erfahrungen in Sachen Privatisierung von Krankenhäusern gibt es genug. Abgesehen von den bekannten Folgen für Mitarbeiter und somit auch Patienten, dürfte das Beispiel REGIO Kliniken mehr als abschreckend sein !

Ein lächerlicher Kaufpreis, völliger Verlust der politischen Kontrolle und weiter bestehende finanzielle Verpflichtungen für die Kommunen, von denen nur der private Eigentümer profitiert. Wenn das der Weg zur Sanierung der öffentlichen Kassen sein soll, dann wäre es angebracht noch einmal nachzurechnen.

Es ist verantwortungslos das Blindengeld um 50 Prozent zu kürzen. Das Blindengeld soll blinden und sehbehinderten Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft, am sozialen Leben ermöglichen.

In einem erheblichen Maß betroffen durch die geplanten Kürzungen wären die unterschiedlichen Beratungsstellen im Land. Ob es um Frauenberatungsstellen, um Suchtberatung, um Beratung von MigrantInnen, von Flüchtlingen geht, immer werden die Kürzungen die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft treffen. Genau die, die am meisten Unterstützung brauchen und die leider keine finanzstarke Lobby haben. Die Beratungsstellen „Frau und Beruf“, die langzeitarbeitslosen Frauen und Wiedereinsteigerinnen beim Finden eines geeigneten Arbeitsplatzes helfen sollen, werden dicht gemacht. Wer berät diese Frauen, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben, dann weiterhin sachkundig

Auch der LandesFrauenRat kann bei einer 100 Prozent-Kürzung im übernächsten Jahr seine Arbeit einstellen. Der LFR vertritt 50 Mitgliedsverbände und circa 1 Million Frauen und Mädchen in Schleswig-Holstein und setzt sich u.a. auch für Geschlechtergerechtigkeit ein. Wer kümmert sich weiterhin um die Interessen der Frauen und Mädchen? Wie sehr Frauen in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt sind, wissen wir alle!

Die Kürzungen gefährden auch den Bestand der Frauenhäuser im Land. Es geht um Frauen und ihre Kinder, die durch häusliche Gewalt schwer traumatisiert sind und die eine Zufluchtsmöglichkeit brauchen, um dieser Gewalt entrinnen zu können. Diese Frauen brauchen intensive Beratung und Hilfe, die ein hohes Maß an Professionalität erfordert.

Kurz zusammen gefasst: Die Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission enthalten keine Hinweise auf Sparmaßnahmen, sondern sind eine brutale Streichliste, die Schleswig-Holsteins Abschied aus dem Sozialstaat einläutet.

Sie ermöglichen keine Zukunftschancen, sondern sie zerstören funktionierende und dringend notwendige Teile unseres Sozialsystems.

Die Kürzungen gehen –wie bei CDU und Mövenpickpartei üblich- einseitig zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Das eigene Klientel jedoch, wird mit sinnlosen Geschenken bedacht !